

Einreichende: Linksjugend [solid] Brandenburg (Landesmitgliederversammlung), Konstantin Gräfe (KV Potsdam-Mittelmark), Tina Lange (KV Potsdam), Jürgen Engert (Linksjugend [solid] Brandenburg), Isabelle Vandr  (KV Uckermark), Daniel Sittler (Linksjugend [solid] Brandenburg), Iris Burdinski (Linksjugend [solid] Brandenburg), Tom Berthold (KV Frankfurt (Oder), René Wilke (KV Frankfurt (Oder))

### **A3: Prävention und Therapie statt Prohibition und Bestrafung: Konsument\_innen von Cannabis entkriminalisieren**

DIE LINKE Brandenburg setzt sich im Sinne des Parteiprogramms für ein Umdenken im Umgang mit Cannabis ein. Die bisherige Politik der Prohibition ist gescheitert. Die Verfügbarkeit und der Konsum werden durch die Prohibitions politik nicht eingeschränkt, vielmehr werden Konsument\_innen auf den illegalen Markt gedrängt. Die Folgen sind schwerwiegend: Konsument\_innen werden kriminalisiert und haben keine wirksame Kontrolle darüber, ob der Substanz weitere teilweise stark gesundheitsgefährdende Stoffe beigemischt sind. Außerdem wird hierdurch auch die organisierte Kriminalität in Deutschland, aber vor allem in den Anbau- und Transitländern gefördert, was verheerende gesellschaftliche Auswirkungen mit sich bringt. Auch behindert die Kriminalisierung trotz zaghafter  nderungsversuche den medizinischen Einsatz von Cannabis. DIE LINKE Brandenburg fordert eine gesundheitsorientierte Drogenpolitik und setzt daher auf Prävention und Therapie statt Prohibition und Bestrafung. Uns ist bewusst, dass das Land Brandenburg nicht einseitig eine Entkriminalisierung der Konsument\_innen durchführen kann.

Aber auch in Brandenburg sind kleine Schritte möglich. Wir fordern von der Landtagsfraktion daher:

1. Eine Angleichung der l nderdefinierten Eigenbedarfsgrenze auf ein Niveau, das nicht unterhalb der aktuellen Eigenbedarfsgrenze des Landes Berlin liegt.
2. Den Ausbau und die auskömmliche Finanzierung von Suchtberatungs-, Präventions- und Therapiestellen in Brandenburg.
3. Einführung eines Programms zum so genannten Drugchecking in Brandenburg, damit Konsument\_innen anonym Rauschmittel auf Streckmittel und andere Verunreinigungen untersuchen lassen können, ohne dass ihnen rechtliche Konsequenzen drohen.
4. Das Hinwirken auf eine Bundesratsinitiative für ein Gesetz über die regulierte Abgabe von 20 Cannabis im Sinne des von der Bundestagsfraktion der LINKEN vorgeschlagenen Cannabis-Social-Club-Modells.

Auch bei anderen Drogen wollen wir im Sinne einer gesundheitsorientierten Drogenpolitik auf eine Verbesserung der Lage von Konsument\_innen hinwirken und fordern daher von der Landtagsfraktion die Befassung mit dem Themenkomplex auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse voranzutreiben.

Begründung:

Bundesweit wird seit einiger Zeit wieder vermehrt über die mögliche Entkriminalisierung von Cannabis diskutiert. Auch im Bundesprogramm der LINKEN findet sich eine entsprechende Zielvorgabe. In jeder Gesellschaft gibt es nicht nur Alkohol- und Tabakkonsum, sondern auch einen Markt für gesetzlich als illegal eingestufte Rauschmittel. Für Alkohol und Tabak gibt es sinnvolle Vorschriften wie das Verbot der Abgabe an Minderjährige oder die Pflicht, alle Inhaltsstoffe aufzulisten. Cannabis ist an sich nicht gefährlicher als Tabak und Alkohol, aber durch die Illegalisierung erhalten K ufer\_innen keine direkten Informationen über das Produkt und welche gesundheitsschädlichen Stoffe es enthält. Niemand will, dass harte, sofort s chtig machende Drogen überall erhältlich sind. Oft heißt es, Cannabis sei eine Einstiegsdroge und müsse deswegen genauso verboten bleiben. Aber lässt sich so nicht auch argumentieren, Tabak sei die Einstiegsdroge für Cannabis? Deshalb auch den Tabakverkauf zu

verbieten, würde Raucher\_innen nicht aus der Welt schaffen, sondern nur einen ganzen, sehr profitstarken, Wirtschaftszweig in die Illegalität verlagern – genauso wie jetzt bei Cannabis. Dort angesiedelt fördert jeder Kauf der „weichen Droge“ direkt kriminelle Strukturen und damit auch Menschenhandel, organisierten Raub und Erpresserbanden. So wird aus einem eigentlich gesundheitspolitischen Thema ein sicherheitspolitisches Problem.

Je weniger Drogenkonsum auf den illegalen Markt getrieben wird, desto besser können alle einschätzen, wie gefährlich das ist, was sie kaufen und konsumieren. Statt ein durchdachtes Konzept zur Bekämpfung der mit Drogen verbundenen Probleme zu verfolgen, gibt das Land unnötig Geld für die Verfolgung der Kleindealer\_innen und Konsumierenden aus. Es gibt zwar auch Suchtberatungsstellen mit gut ausgebildetem Personal. Menschen mit einem problematischen Suchtverhalten suchen diese aber oft erst nach Jahren auf und je später mit ihnen gearbeitet werden kann, desto schwerer ist der Weg zurück in ein gutes Leben. Expert\_innen sind sich längst einig, dass Prohibition und Repression den Problemen von Drogenkriminalität und Suchterkrankungen nicht beikommen können. Es ist an der Zeit, dass wir auch in Brandenburg umdenken.